Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(8.5.1978) Drucksache 9/419

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 419 S
08. 05. 78

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37

Der Petitionsausschuß hat am 8. Mai 1978 die nachstehend aufgeführten sieben Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/197	Klärung von Fragen wegen der Friedhofsordnung	Die Petentin, die anwaltlich vertreten war, hat die erbetene Auskunft von der Bauverwaltung sowohl fernmündlich als auch schriftlich in ausführlicher und erschöpfender Form erhalten.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/221	Einspruch gegen ein Bauvorhaben	Vom Senator für das Bauwesen wurde zwischenzeitlich aufgrund der von ihm vertretenen Rechtsauffassung die beantragte Baugenehmigung erteilt, obwohl die zuständige Fachdeputation und der Petitionsausschuß sich ablehnend geäußert haben. Dem Senator für das Bauwesen wird empfohlen, in ähnlichen Fällen keine Baugenehmigung in der Erwartung zu erteilen, daß solche Antragsteller betreffend Anwendung und Auslegung des § 14 der Brem. Landesbauordnung einen Prozeß anstrengen.
S 9/241	Aussetzung einer Vollstrekkungsmaßnahme	Die Vollstreckungsmaßnahmen beruhen auf rechtsbeständigen Widerspruchsbescheiden vom 11. Oktober 1977. Nur das Verwaltungsgericht hätte die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs anordnen können, die eine Aussetzung der Vollstreckungsmaßnahmen zur Folge gehabt hätte.

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/250	Anregungen und Bedenken gegen einen in der Planung befindlichen Bebauungsplan	Im Rahmen der Abwägung der privaten und öffentlichen Belange können Anregungen und Bedenken in die Abwägung einbezogen werden, soweit sie sich auf den dargestellten Inhalt beziehen. Die vom Petenten vorgebrachten Anregungen und Bedenken beziehen sich jedoch nicht auf den dargestellten Planinhalt, sondern auf die Durchführung von Festsetzungen für einige bestimmte Grundstücke. Ungeachtet des vorliegenden Sachverhalts ist diese Eingabe Veranlassung gewesen, die unterschiedlich gehandhabten Bekanntmachungsverfahren aufeinander abzustimmen und zu vereinheitlichen.
S 9/280	Schaffung eines Zuganges für Rollstuhlfahrer zum Packhaus	Bei dem Packhaus handelt es sich um ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude, das durch bauliche Maßnahmen leider nicht behindertengerecht gestaltet werden kann. Die Theaterleitung ist jedoch jederzeit bereit, Rollstuhlfahrern die erforderliche Hilfeleistung durch eigenes Personal zu erbringen.
S 9/282	Beschwerde gegen Ablehnung der Bezuschussung von Modernisierungskosten	Der Petent erfüllt nicht die Voraussetzungen, die in den Richtlinien für das Bund-/Landesmodernisierungsprogramm 1977 enthalten sind.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingabe als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/236	Beschwerde über die Höhe einer Ausgleichszahlung	Die festgesetzte Höhe der Ausgleichszahlung entspricht den geltenden Vorschriften.

Druck: Hans Krohn, Bremer